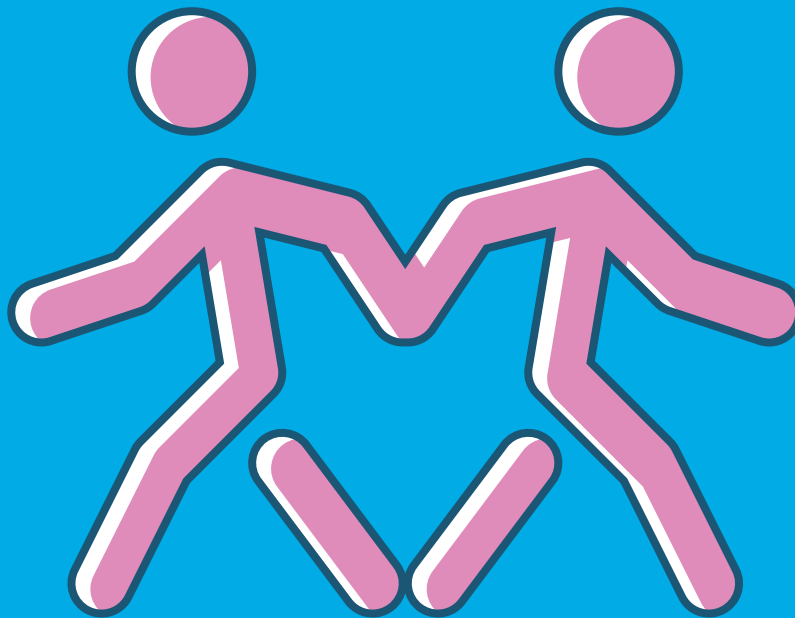


Engagement und Zusammenhalt

ein prekäres Gespann

KURZ-
FASSUNG



STIFTUNG
MERCATOR

Serge Embacher

Engagement und Zusammenhalt – ein prekäres Gespann¹

Häufig hört man – zumal und erst recht während des Pandemie-Shutdowns im Frühling 2020 – den Satz von der Zusammenhalt stiftenden Kraft des bürgerschaftlichen Engagements. Dieses Engagement der vielen Millionen freiwillig und gemeinwohlorientiert tätigen Menschen, so heißt es in zahllosen Variationen, erzeuge durch sein bloßes Vorhandensein soziale Kohäsion, verhindere also das Auseinanderdriften der Gesellschaft in <oben> und <unten>, <reich> und <arm>, <inkludiert> und <exkludiert>. Bei näherem Hinsehen wird jedoch klar, dass das Engagement diese geradezu magischen Kräfte (leider) nicht besitzt und dass die ungezählten Einlassungen von politischen Akteuren und wohlmeinenden Lobrednern des „Ehrenamts“ eher Ausdruck eines Wunsches oder einer oberflächlichen Erwartung sind, welche diejenigen sozialen Bedingungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt akut gefährden, mehr oder weniger absichtlich ausblendet oder unerwähnt lässt.

Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement

Diese Bedingungen sind mit Blick auf das Engagement in den letzten Jahrzehnten deutlich verschlechtert worden, ganz im Gegensatz zu dem scheinbar paradoxen Befund, dass sowohl die Zahl der Engagierten als auch die der gemeinnützigen Organisationen im Laufe der Zeit immer weiter gestiegen ist. Fast scheint es so, als würde sich die Bürgergesellschaft in Deutschland den sozialen Segregationstendenzen und der allfälligen und von „Corona“ nur vorübergehend verstellten demokratiepolitischen Krise entgegenstemmen.

Doch zunächst eine Frage: Was macht diese Bürgergesellschaft hierzulande eigentlich aus? Neben den beeindruckenden Zahlen – ca. 30 Millionen Menschen sind in über 630.000 gemeinnützigen Organisationen zwischen zwei und sechs Stunden pro Woche in allen gesellschaftlichen Bereichen (Sport, Bildung, Kultur, Soziales, Umwelt, Bevölkerungsschutz usw.) bürgerschaftlich engagiert – ist es vor allem die Fähigkeit, Solidarität und Hilfsbereitschaft durch konkretes Handeln zu stiften. Die Bürgergesellschaft konstituiert durch die in ihr freiwillig aktiven Menschen vielfältige Orte, an denen die ethisch-moralischen Tugenden, die unser Zusammenleben im demokratischen Rechtsstaat erst ermöglichen, immer wieder bestätigt und erneuert werden. Indem wir uns engagieren, bringen wir unsere positiven Einstellungen und Gefühle gegenüber dem Gemeinwesen zum Ausdruck und erkennen es damit – auch und erst recht, wenn wir in kritischer Absicht handeln (wie etwa in der Umwelt- oder Bürgerrechtsbewegung) – als für uns verbindlichen Bezugsrahmen an.

Dieser beeindruckenden Haben-Bilanz der Welt des Gemeinwohls stehen andererseits starke Soll-Tendenzen gegenüber, welche die Ambivalenz des freiwilligen Engagements verdeutlichen. So verfolgt eine nicht unbedeutende Zahl an Engagierten und Organisationen durchaus eher gemeinwohlschädliche oder doch zumindest

¹ Dieser Beitrag ist die Kurzfassung einer Expertise, die der Autor unter dem gleichen Titel im Auftrag der Stiftung Mercator verfasst hat. Das Projekt wurde bei der Stiftung Mercator unter dem Titel „Expertise Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bewilligt.

fragwürdige Ziele. So unterschiedliche Organisationen wie „Pegida“ oder der Förderkreis Deutsches Heer e. V. oder auch der Golf- und Land-Club Berlin-Wannsee e.V. haben gemeinsam, dass sie Formen des Engagements verkörpern, die eher exklusive statt inklusive Wirkungen entfalten. Ob am Beispiel der „Rettung des Abendlandes“, des Lobbyings für militärische Zwecke oder von elitären und exklusiven Sportvereinigungen: Der allgemein verbreiteten und allzu leichtfertig formulierten Auffassung, dass das freiwillige Engagement *per se* für mehr Zusammenhalt Sorge, lässt sich schon auf der Ebene der konkreten Tätigkeiten mit guten Gründen widersprechen. Phänomene exkludierenden Engagements lassen sich aber auch im Feld des Sozialen oder der Kultur zeigen; überraschenderweise sogar dort, wo es *expressis verbis* um Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht. In der Landschaft der *Think Tanks* und Demokratieprojekte haben sich Züge einer Kultur entwickelt, die auf Grund ihrer für politische Korrektheit hypersensiblen Sprachlichkeit und der Homogenität sozialer Milieus exkludierende Wirkungen entfalten, wo die Akteure *eigentlich* um Partizipation und *Inklusion* bemüht sind. Zudem findet seit geraumer Zeit eine deutliche Indienstnahme des bürgerschaftlichen Engagements für staatliche Zwecke statt; die Bürgergesellschaft als Notnagel für Sozialstaatsversagen. Die Tafelbewegung ist dafür nur der sichtbarste Ausdruck unter vielen.

Zunächst lässt sich also festhalten, dass die gesellschaftspolitische Gleichung *Viel Engagement = gut für die Gesellschaft* weder sinnvoll ist noch aufgeht. Um ein Engagement ins Auge zu fassen, das tatsächlich inklusiv ist und damit einen positiven Beitrag zur Stabilisierung und demokratischen bzw. sozialen Erneuerung der Gesellschaft leistet, benötigt man eine anspruchsvolle Idee von „gutem Engagement“, welches sich dadurch auszeichnen würde, dass es den Ansprüchen der demokratischen Zivilgesellschaft genügt, d. h. Beteiligung, Vielfalt und Inklusion fördert und Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Individualität, Eigensinnigkeit und Kritikfähigkeit ernst nimmt und ihnen Zeit und Räume für Engagement eröffnet. Das klingt selbstverständlich, ist es aber längst nicht.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Wohlfahrtsstaat

Um den Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt in den Blick nehmen zu können, ist über das bisher Gesagte hinaus eine Definition von Zusammenhalt nötig, um den Wischi-Waschi-Effekten in der Diskussion zu entgehen. In Anlehnung an eine von der Bertelsmann-Stiftung entwickelte Begriffsbestimmung lässt sich sagen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in dem Moment stark ist, wenn das Gros der Menschen in intakten Sozialbeziehungen unterwegs ist, eine starke Verbundenheit mit dem Gemeinwesen empfindet und über eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung verfügt bzw. eine entsprechende Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement an den Tag legt. Demgegenüber wäre eine desintegrierte Gesellschaft dann gegeben, wenn geschwächte oder beschädigte Sozialbeziehungen (etwa durch fortgesetzte Erwerbslosigkeit oder prekäre Beschäftigung) zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Gemeinwesen führen, so dass die Bereitschaft zum Engagement im Sinne der genannten Kriterien für gutes Engagement sinkt oder ganz verloren geht.

Überwiegen die Phänomene des ersten Szenarios, kann man sagen, dass die Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement gut sind. Gesellschaftlicher Zusammenhalt bringt gewissermaßen die Bereitschaft zum Engagement hervor. Sind jedoch desintegrative Kräfte im Sinne des zweiten Szenarios zu stark, verringert dies die Chancen auf die Entfaltung von Engagement im positiven Sinne einer Stärkung des demokratischen Gemeinwesens. Genau hieraus folgt die These, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt bürgerschaftliches Engagement ermöglicht, und gerade *nicht* umgekehrt.

In diesen Kontext gehört dann die Analyse derjenigen sozialen Bedingungen, die den Zusammenhalt gefährden. Sie sind nicht naturwüchsig, sondern die Folge politischer Entscheidungen. Seit bald 40 Jahren lässt sich – mit Beginn der Regierung Kohl/Genscher im Herbst 1982 – ein politischer Meta-Trend zu einer Ökonomisierung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche erkennen. Überspitzt gesagt haben wir in diesen Jahrzehnten einen Übergang von der sozialen Marktwirtschaft zur marktkonformen Demokratie erlebt, der bezüglich des Denkens über Wohlfahrtsstaatlichkeit und des Verhältnisses von Individuum und Gemeinwesen im Grunde keinen Stein auf dem anderen gelassen und die *Terms of Trade* komplett verändert hat. *From Welfare to Workfare State* war dabei die vom Neoliberalismus angloamerikanischer Schule (Thatcherism, Reaganomics, *New Labour*) geprägte Devise; was bedeutet, dass in einer historisch beispiellosen Anstrengung des politischen Mainstreams – in Deutschland fand sich dabei eine ganz große Koalition aus Union, SPD, FDP und Grünen zusammen – über viele Jahre die für den Wohlfahrtsstaat charakteristischen Sicherungssysteme Arbeit, Rente, Gesundheit erheblichen Einschnitten ausgesetzt wurden und zudem ein von Privatisierung und Deregulierung dominierter Kurs in der Wirtschaftspolitik gefahren wurde; dies gekoppelt mit einer angebotsorientierten Finanz- und Sparpolitik, die den öffentlichen Haushalten weitgehend die Luft zum Atmen nahm.

Die Folgen dieser Politik stellten sich nur langsam und mit Verzögerung ein und lassen sich mit den Worten Politikmüdigkeit und Demokratieverdrossenheit ganz gut umreißen. Die Erosion des Vertrauens in Staat und Parteien sind als Befunde mittlerweile so geläufig, dass sie kaum noch Aufsehen erregen. Und so befinden wir uns heute in einer insgesamt ambivalenten gesellschaftlichen Situation, in der wir trotz der eigentlich hervorragenden Voraussetzungen einer wohlhabenden Gesellschaft zunehmende Tendenzen der sozialen Spaltung und Segregation beobachten müssen. Trotz immer weiter ansteigendem Bruttoinlandsprodukt – auch „Corona“ wird hier nur ein temporärer Einschnitt sein – vergrößern sich die sozialen Unterschiede unaufhörlich, was auf ein erhebliches Verteilungsproblem hinweist, welches eben nicht (siehe oben) naturwüchsig ist, sondern politisch intendiert oder zumindest verursacht. Die politisch verursachte Krise des Sozialstaats hat auch die Politik selbst in die Krise gebracht, so dass eine Situation des fehlenden Vertrauens in das Gemeinwesen und seine Organisationen und Akteure entstanden ist.

Diese Situation verschlechtert die Bedingungen für die Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements in dem oben skizzierten normativ anspruchsvollen Sinne. Engagement findet zwar weiterhin massenhaft statt, doch wird es häufig entweder als „Ausfallbürge“ instrumentalisiert oder gerät auf antidemokratische Abwege, weil „aufrechte Bürger und Bürgerinnen“ oder gar „Wutbürger und -bürgerinnen“ der

Auffassung sind, das „Abendland“ vor „Überfremdung“ schützen zu müssen. Engagement bräuchte dagegen umfassende Integration von Menschen in gut entlohnte und faire Erwerbsarbeit und einen ausfinanzierten Sozialstaat, um sich aus dieser Situation befreien zu können. Es bräuchte darüber hinaus viel mehr lokale Ermöglichungsstrukturen in Gestalt von Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Nachbarschaftshäusern und lokalen Anlaufstellen. Ersteres wäre die Aufgabe einer aktiven, gestaltenden Sozialpolitik, Letzteres fiel in die Zuständigkeit der Engagementpolitik auf allen föderalen Ebenen.

Die Aufgabe von Stiftungen

Nun können engagementfördernde Stiftungen ja schlecht abwarten, bis sich bessere Bedingungen für das bürgerschaftliche Engagement einstellen. Sie befinden sich in der Zwickmühle, einerseits als Akteure der Zivilgesellschaft keinen oder nur sehr wenig Einfluss auf die großen Linien der Politik zu haben, andererseits aber innerhalb der gegebenen (bescheidenen) Rahmenbedingungen dennoch im Feld aktiv werden zu wollen. Dass sie das Engagement fördern, ist auf jeden Fall sinnvoll, denn ohne Zweifel birgt es große Potenziale für die demokratische Gesellschaft, vor allem dann, wenn es um die Themen Zuwanderung, Integration und Vielfalt geht.

Gerade in diesem Feld kommen die oben beschriebenen Desintegrations- und Segregationstendenzen voll zum Ausdruck. Wer zu den „Verlierern“ und sozial Benachteiligten der Entwicklungen der letzten Jahre gehört, hat in der Regel nur wenig Ambitionen, sich auf die Herausforderungen von „Diversität“ und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Komplexitätssteigerung einzulassen. Dieselbe Entwicklung, die von den einen als positiv und bereichernd empfunden und beschrieben wird, erscheint den anderen als weitere potenzielle Bedrohung ihrer prekären Existenz. Während die gutsituierten und zunehmend international vernetzten oberen Mittelschichten Zuwanderung als Integrationsaufgabe betrachten und in diese Richtung ihr Engagement bewegen, empfinden die immer latent von schlecht bezahlter Erwerbsarbeit und fortgesetztem sozialen Abstieg bedrohten unteren Mittelschichten Zuwanderung eher als Zumutung denn als Herausforderung in einem konstruktiven Sinne. Das Engagementfeld Zuwanderung, Integration, Vielfalt zeigt sich als ein gesellschaftliches Konfliktfeld, bei dem es darauf ankommt, neben den positiven Effekten auch die skeptische Seite zu beachten und zu reflektieren, inwiefern sich das öffentliche Bewusstsein positiv beeinflussen lässt.

Folgen für die Engagementförderung

Für die Engagementförderung durch Stiftungen bieten sich vor diesem Hintergrund verschiedene Wege an. Dazu gehören die Bestärkung positiv Gestimmter, die Erreichung kritischer Gruppen, die Förderung von Streitmodellen, in denen kritisch und konstruktiv darum gerungen wird, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen; darüber hinaus die Förderung der Soziokultur, von Migrantenorganisationen und einer interkulturellen Öffnung gemeinnütziger Organisationen. Dass das bürgerschaftliche Engagement „von Haus aus“ gerade *nicht* dazu geeignet ist, gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen, sollte niemanden daran hindern, es zu fördern. Denn eins ist klar: Ohne Engagement ist eine demokratische Gesellschaft zum Scheitern verurteilt.

Zum Autor

Dr. phil. Serge Embacher, geboren 1965, ist Politikwissenschaftler und Publizist. Seit 2010 im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement für Projektentwicklung und -management zuständig. Arbeitsschwerpunkte: Bürgergesellschaft, bürgerschaftliches Engagement, Bürgerbeteiligung und Demokratiep Politik, Sozialstaat, Öffentlichkeit.

Kontakt:

Dr. Serge Embacher

Tel.: +49 (30) 854 02 908

Mobil: +49 (160) 93584516

Mail: info@serge-embacher.de

Über die Stiftung Mercator

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung mit umfassender wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Um diese Ziele zu erreichen, fördert und entwickelt sie Projekte, die Chancen auf Teilhabe und den Zusammenhalt in einer diverser werdenden Gesellschaft verbessern. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa will die Stiftung Mercator durch ihre Arbeit stärken, die Auswirkungen der Digitalisierung auf Demokratie und Gesellschaft thematisieren und den Klimaschutz vorantreiben. Die Stiftung Mercator engagiert sich in Deutschland, Europa und weltweit. Dem Ruhrgebiet, Heimat der Stifterfamilie und Stiftungssitz, fühlt sie sich besonders verbunden.

Stiftung Mercator GmbH

Huyssenallee 40
45128 Essen
Tel. +49 201 24522-0
Fax +49 201 24522-44
info@stiftung-mercator.de
www.stiftung-mercator.de

 facebook.com/StiftungMercator
 twitter.com/MercatorDE
 youtube.com/StiftungMercator

Christiane von Websky

Leiterin Bereich Teilhabe und Zusammenhalt
Tel. +49 201 24522-52
christiane.vonwebsky@stiftung-mercator.de

Katharina Tesmer

Projektmanagerin Bereich Teilhabe und Zusammenhalt
Tel. +49 201 24522-59
katharina.tesmer@stiftung-mercator.de

AufRuhr Das Magazin der Stiftung Mercator
www.aufuhr-magazin.de